

Demokratie-Upgrade Bürgerrat?

Kompromiss, Vertrauen, Fairness

**Reflektionsbericht
aus dem Projekt “NexCiCo”
mit dem “Bürgerrat Bördehalle”**

Veröffentlicht im Juni 2025

Inhaltsübersicht

Neue Wege demokratischer Beteiligung	2
Herausforderungen der Demokratie	3
Bürgerräte als Antwort?	4
Was sind Bürgerräte?	4
Warum Bürgerräte?	5
Bürgerräte im Spannungsfeld	6
Praxisprojekt:	8
NexCiCo – Next Citizen Council	8
Ablauf, Methodik, Hintergrund	8
1. Im Vorfeld des Bürgerrats	9
2a. Sitzungszeit des Bürgerrats	10
2b. Ergänzende Umfragen zum Bürgerrat	12
3. Im Nachgang des Bürgerrats	13
Ergebnisse und Empfehlungen	14
Aus Umfrageergebnissen	14
Wahrnehmung und Bekanntheit	15
Bewertung des Bürgerratsprozesses	17
Einstellungen zu Demokratie und Selbstwirksamkeit	24
Abschlussbewertung des Bürgerrats Bördehalle	27
Die Top 5 Erkenntnisse für Bürgerräte auf einen Blick	29

Das Projekt "NexCiCo" mit dem „Bürgerrat Bördehalle“ ist eine Kooperation der Initiative Offene Gesellschaft e.V. und GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e.V.; durchgeführt wird er in und mit der Unterstützung der Gemeinde Welver. Förderer des Projekts ist die Volkswagen Stiftung.

Ein Bericht von:



**INITIATIVE
OFFENE
GESELLSCHAFT**

In Kooperation mit:



GESIS Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Durchgeführt in:



GEMEINDEWELVER

Gefördert von:



VolkswagenStiftung

Neue Wege demokratischer Beteiligung

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich begegnen, einander zuhören und gemeinsam nach Lösungen suchen. Doch genau diese Räume fehlen immer häufiger. Viele fühlen sich politisch nicht vertreten, andere haben kaum Berührung mit dem, was außerhalb ihrer eigenen Lebenswirklichkeit passiert. Innerhalb der Gesellschaft entstehen Gräben, die im Alltag selten überbrückt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde in der Gemeinde Welver ein neues Format der Beteiligung erprobt. Der Bürgerrat Bördehalle war Teil des Projekts NexCiCo, einer Kooperation der *Initiative Offene Gesellschaft*, *GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften* und der *Gemeinde Welver*. Ziel war es, einen modernen Bürgerrat umzusetzen und wissenschaftlich zu untersuchen, welche Effekte ein solches Format auf das politische Klima in einer Kommune haben kann. Im Zentrum stand eine konkrete, über Jahre hinweg umstrittene Frage innerhalb der Gemeinde: die Zukunft einer lokalen Einrichtung - der Bördehalle.

Der vorliegende Bericht greift aktuelle Herausforderungen demokratischer Teilhabe auf und beleuchtet, welche Potenziale und Grenzen mit Bürgerräten verbunden sind. Im Anschluss werden die Erfahrungen aus dem Projekt NexCiCo erläutert. Der Bericht zeigt, was in der Umsetzung gelungen ist, wo Schwierigkeiten auftraten und welche Schlüsse sich daraus für zukünftige Beteiligungsverfahren ziehen lassen. Zugleich zeigt er auf, unter welchen Bedingungen Beteiligungsformate wie Bürgerräte eine Wirkung erzielen können.

Herausforderungen der Demokratie

Unsere Demokratie steht unter Druck. Weltweit schwindet das Vertrauen in zentrale Institutionen der repräsentativen Demokratie. In Deutschland bleibt es zwar vergleichsweise hoch, doch gerade Parlamente und Parteien genießen deutlich weniger Vertrauen als andere staatliche Einrichtungen.¹ Viele Bürger*innen in Deutschland erleben politische Entscheidungsprozesse als wenig anschlussfähig an ihre Lebensrealität. Wer den Eindruck hat, dass die eigene Sichtweise im politischen Prozess keine Rolle spielt, zweifelt nicht nur an der Repräsentation, sondern zunehmend an der demokratischen Praxis selbst. Die Kritik richtet sich dabei weniger gegen das demokratische System als solches, sondern gegen die Art und Weise, wie politische Entscheidungen zustande kommen, insbesondere wenn diese als abgehoben, einseitig oder ohne erkennbare Rückbindung an die Bevölkerung wahrgenommen werden. Auf diese Weise entstehen politische Entfremdung und Vertrauensverluste. Politisches Vertrauen ist eng daran geknüpft, ob Bürger*innen das Gefühl haben, mit ihren Anliegen Gehör zu finden. Wird Beteiligung als wirkungslos erlebt, gerät auch das Vertrauen in die demokratische Entscheidungsfindung ins Wanken.² Auf diese Weise entstehen Formen politischer Entfremdung, die nicht nur individuelles Vertrauen untergraben, sondern auch gesellschaftliche Spannungen verschärfen. Gerade dort, wo Menschen das Gefühl haben, dauerhaft ausgeschlossen oder nicht gehört zu werden, wächst die Anfälligkeit für populistische oder extremistische Strömungen.³ Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 belegt: Das Fehlen von Mitbestimmungsmöglichkeiten ist ein zentraler Treiber für politische Frustration und Radikalisierung.⁴

Gleichzeitig wird der öffentliche Diskurs zunehmend gespaltener. Debatten verlagern sich verstärkt in digitale Echokammern, in denen kaum noch ein echter Austausch zwischen unterschiedlichen Perspektiven stattfindet. Statt demo-

¹ Valgarðsson u. a., „A Crisis of Political Trust?“, 2025.

² Busch, „Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland?“, 2020.

³ Berman, „Populism is a Symptom Rather than a Cause“, 2019.

⁴ Decker u. a., *Vereint im Ressentiment*, 2024.

kratischem Streit dominieren dort einseitige Narrative und verzerrte Weltbilder. Der notwendige Dialog droht zu verstummen.

Ein möglicher Weg aus dieser gegenwärtigen demokratischen Spannungslage liegt in der Stärkung deliberativer Verfahren. Gemeint sind Formate, in denen Bürger*innen gemeinsam über gesellschaftlich relevante politische Fragen beraten, unterschiedliche Perspektiven austauschen und ihre eigenen Werte und Interessen reflektieren und diese in politische Entscheidungsverfahren einbringen.⁵ Diese Art des Austauschs ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Kultur.

Deliberative Verfahren können dazu beitragen, dass politische Entscheidungen nachvollziehbarer und Konflikte durch gegenseitige Annäherung oder Kompromisse gelöst werden. Gerade wenn klassische repräsentative Institutionen Vertrauen verlieren, braucht es neue Orte, an denen politische Auseinandersetzung wieder als gemeinschaftliche Aufgabe erfahren wird.

Bürgerräte als Antwort?

Was sind Bürgerräte?

Vor diesem Hintergrund gewinnen neue Formen demokratischer Beteiligung wie etwa Bürgerräte in Deutschland zunehmend an Bedeutung. Bürgerräte sind Versammlungen zufällig geloster Bürger*innen, die gemeinsam Empfehlungen zu politischen Fragen erarbeiten. Ihr Ziel ist es, Perspektiven aus allen Teilen der Gesellschaft in politische Prozesse einzubringen. In Deutschland gibt es Bürgerräte auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.⁶

Während des Prozesses setzen sich die Teilnehmenden mit Hilfe von Fachvorträgen und Gesprächen mit Expert*innen intensiv mit einem konkreten Thema auseinander. In moderierten Kleingruppen entwickeln sie gemeinsam Handlungsempfehlungen, die anschließend im gesamten Bürgerrat diskutiert,

⁵ Bächtiger u. a., *The Oxford handbook of deliberative democracy*, 2018.

⁶ Eine Übersicht aller Bürgerräte finden sie hier: <https://www.buergerrat.de/>

abgestimmt und an das zuständige Parlament oder den Gemeinderat übergeben werden. Die Beratungen finden in einem geschützten Rahmen statt, um einen offenen und ehrlichen Austausch zu ermöglichen.

Bürgerräte haben oft einen beratenden Charakter, ihre Ergebnisse sind also in diesen Fällen nicht bindend. Dennoch finden ihre Empfehlungen häufig Eingang in politische Prozesse und bereiten weiterführende Verfahren mit Entscheidungsbefugnis vor (z.B. Volksentscheide, Gemeinderatsentscheidungen).

Die potenziellen Teilnehmenden eines Bürgerrats werden per Losverfahren aus den Einwohnermelderegistern ausgewählt. Um eine möglichst vielfältige Zusammensetzung zu gewährleisten, fließen Kriterien wie Alter, Geschlecht, Wohnort oder Parteipräferenzen in die Auswahl der tatsächlichen Teilnehmenden aus allen Freiwilligen ein. Damit die Teilnahme möglichst niedrigschwellig bleibt, erhalten die Teilnehmenden in der Regel eine Aufwandsentschädigung und es wird auf Barrierefreiheit sowie individuelle Unterstützungsbedarfe geachtet.

Warum Bürgerräte?

Die bisherige Forschung zeigt: Dialogorientierte Formate wie Bürgerräte können wichtige demokratische Funktionen erfüllen. Sie sind in der Lage, gegenseitiges Verständnis zu fördern, Polarisierung zu verringern und das politische Engagement zu stärken.⁷

Viele Teilnehmende empfinden politische Entscheidungen im Anschluss an Bürgerräte nachvollziehbarer und gerechter. Denn die offene Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven und das gemeinsame Ringen um Lösungen schaffen eine Form der Legitimität, die nicht auf Mehrheitsbeschluss allein beruht, sondern auf kollektiver Abwägung und Konsensfindung.⁸

Durch Dialog und die sorgfältige Abwägung unterschiedlicher Perspektiven entstehen Lösungen, die sowohl als tragfähig als auch gesellschaftlich akzeptiert gelten.⁹ Besonders durch das Losverfahren beziehen Bürgerräte auch jene Menschen ein, die sich sonst selten oder gar nicht politisch engagieren.

⁷ Dryzek u. a., „The crisis of democracy and the science of deliberation“, 2019; Fishkin u. a., „Is Deliberation an Antidote to Extreme Partisan Polarization?“, 2021.

⁸ Germann, Marien, und Muradova, „Scaling Up?“, 2024.

⁹ Curato u. a., „Twelve Key Findings in Deliberative Democracy Research“, 2017.

Eine Studie zu 17 Bürgerräten in deutschen Wahlkreisen kommt zu dem Ergebnis: Die Teilnahme an einem Bürgerrat kann das Vertrauen in die Politik stärken, das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit erhöhen und sogar die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien verringern.¹⁰

Es ist allerdings noch unklar, ob und wie Bürgerräte über die Teilnehmenden hinaus auch indirekt auf die breite Bevölkerung wirken. Zwar deuten viele Studien auf positive Effekte für Teilnehmende hin, doch genaue Aussagen über langfristige Spillover-Effekte auf Nicht-Teilnehmende lassen sich bislang kaum treffen. Um besser beurteilen zu können, was Bürgerräte über den Einzelfall hinaus leisten können, braucht es zudem mehr vergleichbare Studien, robustere Methoden und Forschung in unterschiedlichen politischen Kontexten.¹¹

Bürgerräte im Spannungsfeld

Trotz ihres demokratischen Potenzials bergen Bürgerräte auch gewisse Risiken. Werden sie nicht sorgfältig konzipiert und umgesetzt, können sie negative Folgen haben.

Eine zentrale Herausforderung vieler Bürgerräte ist die Frage der Repräsentativität. Zwar zielen Losverfahren darauf ab, ein möglichst breites gesellschaftliches Spektrum abzubilden, doch in der Umsetzung kommt es häufig zu Verzerrungen. Bestimmte Gruppen, etwa junge Menschen, Personen mit geringem Einkommen oder mit Migrationsgeschichte, sind oft unterrepräsentiert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Bürgerräte nur eine kleine Stichprobe der Bevölkerung einbeziehen können. Bleiben gewisse gesellschaftliche Gruppen außen vor, kann dies die Legitimität der Ergebnisse unterminieren und das Vertrauen in den Prozess beeinträchtigen.¹²

Hinzu kommt die Schwierigkeit potenziell einseitiger Meinungsverteilungen: Wenn bestimmte Haltungen im Bürgerrat überwiegen, kann dies die Vielfalt der Meinungen und die Ausgewogenheit der Diskussion einschränken. Um dem entgegenzuwirken, sollte die Zusammensetzung eines Bürgerrats so gestaltet sein, dass nicht nur demografische Merkmale, sondern auch unterschiedliche

¹⁰ Wappenhans u. a., „The Impact of Citizens’ Assemblies on Democratic Resilience“, 2024.

¹¹ van der Does und Jacquet, „Small-Scale Deliberation and Mass Democracy“, 2023.

¹² Germann, „Mini-Publics, (Lack of) Representativeness, and Legitimacy Beliefs“, 2025.

Sichtweisen systematisch berücksichtigt werden und der Bürgerratsprozess professionell moderiert wird.¹³ Die Neutralität der Moderation ist dabei ein entscheidender Faktor, wie die Arbeit des Gremiums Bürgerrat wahrgenommen wird. Im Interesse der Moderation muss ein ergebnisoffener und zugleich zielgerichteter Prozess stehen.

Spannend ist in diesem Zusammenhang auch, wer einen Bürgerrat initiiert. Die Entscheidungsebene (z.B. der Gemeinderat) muss nicht gleichzeitig auch Initiator*in sein. Wertvoller für den Prozess ist es, wenn auch eine aktive Auseinandersetzung mit den Ergebnissen stattfindet. Die Chancen darauf erhöhen sich, wenn die Durchführung eines Bürgerrats von der Entscheidungsebene in Auftrag gegeben wurde. Auch hier ist allerdings entscheidend, dass der Prozess parteiübergreifend und ergebnisoffen stattfinden kann.

Eine weitere Herausforderung von Bürgerräten liegt in ihrer fehlenden Entscheidungsbefugnis. Da sie lediglich Empfehlungen abgeben, besteht die Gefahr, dass politische Entscheidungsträger*innen diese ignorieren oder von den Empfehlungen abweichen. Werden die Empfehlungen eines Bürgerrats von der Politik ignoriert, kann dies die wahrgenommene demokratische Legitimität des Bürgerrats deutlich schwächen und zu weiteren Vertrauensverlusten der Bürger*innen in politische Institutionen führen. Umso wichtiger ist es, politische Entscheidungen nachvollziehbar zu begründen, insbesondere dann, wenn sie von den Ergebnissen eines Bürgerrats abweichen. Wird transparent und mit erkennbarem Respekt gegenüber dem Verfahren kommuniziert, lässt sich ein möglicher Legitimitäts- und Vertrauensverlust abmildern.¹⁴ Um die Funktion und Wirkung des Bürgerrats zu verankern, braucht es deshalb klare Verbindlichkeit, wie die Entscheidungsebene mit den Ergebnissen des Bürgerrats umgehen wird.

Zudem ist der Erfolg deliberativer Formate schwer zu messen. Zwar existieren viele Qualitätskriterien, doch es fehlen verbindliche Maßstäbe, ob und wann ein Bürgerrat als wirksam gilt.¹⁵ Diese Unschärfe erschwert die Weiterentwicklung partizipativer Verfahren und behindert deren breite gesellschaftliche Akzeptanz.

¹³ Dean u. a., „Citizen Deliberation in Germany“, 2022.

¹⁴ Goovaerts, De Fine Licht, und Marien, „When Deliberative Mini-Publics' Outcomes and Political Decisions Clash“, 2025.

¹⁵ Dean u. a., „Citizen Deliberation in Germany“, 2022.

Praxisprojekt:

NexCiCo – Next Citizen Council

Die Empfehlungen in diesem Bericht basieren auf der Durchführung eines Bürgerrates auf kommunaler Ebene. Das dazugehörige Projekt *NexCiCo* (kurz für: *Next-Generation Randomised Citizen Council for Encouraging Political Participation at the Local Level*) wurde von Mai 2024 bis Juli 2025 durchgeführt.

Ablauf, Methodik, Hintergrund

Das Projekt NexCiCo bestand aus **zwei Teilen**: 1) Den drei Sitzungen eines klassischen, gelosten Bürgerrats, erweitert um begleitende Maßnahmen zur Abgabe von Meinungen und 2) zwei rahmende, wissenschaftliche Umfragen zur Messung des politischen Klimas vor Ort. Die Sitzungen des Bürgerrats fanden im Dezember 2024 und Januar 2025 statt.

Dafür kooperierten die *Initiative Offene Gesellschaft* und *GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften* mit der *Gemeinde Welver* im Kreis Soest (NRW).

Als Thema wurde die Zukunft der lokalen Veranstaltungshalle gewählt, der "Bördehalle". Diese war in Welver über Jahre hinweg Gegenstand kontroverser Debatten – ohne dass ein tragfähiger Kompromiss gefunden wurde. Die Frage zu Zukunft und Verbleib der Halle war konkret, lokal relevant und zwar gesellschaftlich meinungsstark aufgeladen, aber nicht parteipolitisch vereinnahmt. Das Thema bot damit einen geeigneten Anlass für einen Bürgerrat.

1. Im Vorfeld des Bürgerrats

Durchgeführt wurde der Bürgerrat mit Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses des **Gemeinderats**. Die offizielle Einladung zur Teilnahme im Bürgerrat an die Bürger*innen erfolgte durch den Bürgermeister.

Die **Auswahl der Teilnehmenden** des Bürgerrats erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren: 3.500 Personen ab 16 Jahren aus der Gemeinde wurden nach dem Zufallsprinzip aus dem Melderegister per Post angeschrieben und gefragt, ob sie zu einer Teilnahme bereit wären. Etwa 8% der Angeschriebenen erklärten sich zu einer Teilnahme bereit.

Aus den Rückmeldungen wurden unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht und Wohnort 100 repräsentative Gruppen mit je 30 Personen per **gewichteter Zufallsstichprobe** gebildet. In einer öffentlichen Gemeinderatssitzung wurde aus diesen 100 Gruppen eine zufällig ausgelost, die den letztendlichen Bürgerrat darstellte.

In insgesamt drei Sitzungen bot der Bürgerrat den 30 Teilnehmenden die Möglichkeit, **Empfehlungen zur zentralen Frage** zu entwickeln: „Wie soll es in Zukunft mit der Bördehalle weitergehen?“

Der Bürgerrat hatte eine **beratende Funktion** im politischen Entscheidungsprozess zum weiteren Verbleib der Veranstaltungshalle. Zusätzliche Formate (Online-Umfrage, Umfrage im Jugendtreff, Meinungsbox im Rathaus) gaben weiteren Bürger*innen die Möglichkeit, ihre Meinungen mit in den Bürgerrat einfließen zu lassen. Die Teilnehmenden brachten ihre persönlichen Perspektiven und Erfahrungen ein und diskutierten untereinander, aber auch mit Expert*innen sowie mit Vertreter*innen der Verwaltung.

Als Ergebnis wurde ein **Empfehlungsbericht** erstellt, der dem Gemeinderat als Grundlage für künftige Entscheidungen dient.

2a. Sitzungszeit des Bürgerrats

In insgesamt drei Sitzungen diskutierten die Teilnehmenden des Bürgerrats das Thema Bördehalle und dazugehörige Bedarfe aus ihrer persönlichen Sicht als Bürger*innen.

Dies erfolgte sowohl **in der großen Runde (Plenum)** als auch **in thematischen Arbeitsgruppen (Kleingruppen)**. Allgemeine Informationen wurden so allen im Plenum zugänglich gemacht. Hier wurden auch die zentralen Entscheidungen gemeinsam gefällt. Die Kleingruppenarbeit zwischendurch erlaubt die Vertiefung von Schwerpunkten sowie die Aktivierung von Personen, die sich in kleineren Diskussionsrunden wohler fühlen.

Moderiert wurden die Sitzungen von jeweils zwei **externen, neutralen Personen**. In jeder Sitzung waren ebenfalls zwei externe Personen im Rahmen einer wissenschaftlichen Beobachtung anwesend. In der ersten Sitzung waren zusätzlich punktuell **Gäste als Expert*innen** geladen, um zu Einzelaspekten Fachinformationen und Perspektiven vorzutragen. Die Sitzungen liefen nicht öffentlich und ohne Beisitzen von Gemeindevertreter*innen ab, um den Teilnehmenden einen geschützten Gesprächsraum zu bieten, in dem offen diskutiert werden konnte.

Über die besprochenen Inhalte bestand keine Verschwiegenheitspflicht gegenüber der Öffentlichkeit – im Gegenteil: Die Teilnehmenden waren eingeladen, die Inhalte (ohne einzelne Personen zu nennen) in ihrem eigenen Umfeld weiterzudiskutieren, um für sich selbst zu einer umfassenden Entscheidungsfindung zu kommen.

Inhalte und Arbeitsweise der drei Sitzungen des Bürgerrats Bördehalle:

1. Sitzung: Bisherige Nutzung & aktueller Zustand	2. Sitzung: Bedarfe & mögliche zukünftige Nutzungen	3. Sitzung: Entscheidungen & Empfehlungen
<ul style="list-style-type: none"> • Ortsbegehung • Expert*innen als Gäste: Vertreter*innen von Vereinen und Nutzergruppen 	<p>In Arbeitsgruppen mit wechselnder Besetzung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herausforderungen erkennen • neue Chancen definieren 	<p>In Arbeitsgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Diskussionen • Argumente sammeln • Priorisieren • Abstimmen
<p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kennenlernen • Status-quo feststellen • informierten Überblick gewinnen 	<p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedarfe definieren • mögliche Zukunftsszenarien entwerfen 	<p>Ziel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • von individuellen Meinungen zu Empfehlungen als gemeinsamer Bürgerrat kommen

Die Inhalte der Sitzungen bauten aufeinander auf. Zwischen den Sitzungen wurden allen (anwesenden sowie abwesenden) Teilnehmenden Berichte und das Protokoll der vorherigen Sitzung zugestellt.

2b. Ergänzende Umfragen zum Bürgerrat

Drei Umfragen begleiteten die Sitzungen des Bürgerrats. Auch sie stellten die Frage, wie es in Zukunft mit der Halle weitergehen solle. **Die Ergebnisse der Umfragen wurden den Teilnehmenden des Bürgerrats vorgelegt** und flossen in ihre Entscheidungsfindung und Empfehlungen mit ein.

1. Zwei **Online-Umfragen**, durchgeführt im Juli/August 2024 und von Februar bis April 2025, u.a. mit einer Frage zum Verbleib und der Zukunft der Bördehalle. Zur Umfrage eingeladen wurden alle etwa 10,500 Einwohner*innen aus Welver und den umliegenden Ortsteilen ab 16 Jahren.

2. **Abstimmung im Jugendtreff** der Bördehalle, durchgeführt im November – Dezember 2024, um Wünsche und Bedarfe von Jugendlichen als Nutzer des aktuellen Jugendtreffs Bördehalle mit einzubeziehen. Da eine Teilnahme am Bürgerrat erst ab 16 Jahren möglich war, sollte so jüngeren Menschen eine Möglichkeit zur Meinungsabgabe gegeben werden.

3. **Einsendung von Meinungen im Rathaus** durch eine aufgestellte Box (Meinungsautomat), durchgeführt im Dezember 2024 und Januar 2025. Hier waren alle Nicht-Teilnehmenden am Bürgerrat eingeladen, ihre Meinung zum aktuellen Zweck der Bördehalle und Bedarfe für eine künftige Nutzung einzuwerfen. Die Einladung zur Meinungsabgabe wurde zusätzlich in den sozialen Medien beworben.

3. Im Nachgang des Bürgerrats

Der gemeinsam erarbeitete **Empfehlungsbericht für den Gemeinderat** wurde nach Durchführung der drei Sitzungen in einer öffentlichen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern übergeben. Der Bericht bildet die Grundlage für weitere Entscheidungen in Welver. In der Lokalpresse wurde darüber berichtet.

Eine Vorstellung der Empfehlungen und des Ablaufs des Bürgerrats fand außerdem in der sogenannten **Bürgermeisterrunde** des Landkreises Soest statt. Hier wurden die **Herausforderungen und Chancen eines Bürgerrats** auf kommunaler Ebene am Beispiel Welver besprochen.

Der **Gemeindeverwaltung sowie dem Gemeinderat** wurden die **detaillierten Umfrageergebnisse** darüber hinaus in einer separaten Sitzung präsentiert. Hier ging es vor allem um Einstellungen zur Gemeinde, die Wahrnehmung von lokaler Politik und Verwaltung, Unterschiede zwischen den Ortsteilen und die Rezeption des Bürgerrats in der Bevölkerung.

Den Projektabschluss bildete eine öffentliche **Veranstaltung zur Vorstellung der wissenschaftlichen Ergebnisse** in Berlin am 15. Juli 2025.

Ergebnisse und Empfehlungen

Aus Umfrageergebnissen

Die folgenden Abschnitte zeigen, wie der Bürgerrat in der Gemeinde wahrgenommen wurde, wie das Verfahren bewertet wurde und welche politischen Veränderungen sich im Zeitverlauf beobachten lassen.

Infobox:

Datenerhebung der Online-Umfragen ¹⁶

Die wissenschaftlichen Ergebnisse in diesem Bericht beruhen auf zwei standardisierten Umfragen von *GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften*, die vor und nach dem Bürgerrat durchgeführt wurden. Befragt wurden insgesamt rund 10.000 Bürger*innen ab 16 Jahren. 1.105 nahmen an der ersten, 633 an der zweiten Befragung teil.

Die erhobenen Daten wurden nach demografischen und politischen Merkmalen gewichtet, um Verzerrungen durch unterschiedliche Teilnahmebereitschaft zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu reduzieren. Die Gewichtung beruht auf Alter, Geschlecht, Wohnort und dem Wahlverhalten bei der Kommunalwahl 2020 und der Bundestagswahl 2021. Zusätzlich wurden drei Expositionsgruppen unterschieden:

Personen, die...

- 1) ...zum Bürgerrat eingeladen worden sind (Einladung),
- 2) ...Kontakt zu Teilnehmenden haben (persönliches Netzwerk),
- 3) ...ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben.

¹⁶ Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung liegen die wissenschaftlichen Auswertungen noch nicht vollständig vor. Erste Analysen bestätigen jedoch die Robustheit der Daten. Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse basieren auf fundierten Voranalysen und können als Grundlage für weitere Diskussionen und Überlegungen herangezogen werden. Sobald die vollständigen Analysen verfügbar sind, können sie hier abgerufen werden: [Projektseite NexCiCo](#).

Unterschiede zwischen diesen Gruppen lassen Rückschlüsse auf die Wirkung des Bürgerrats zu. Die wichtigsten Ergebnisse zu den Gruppen 1 “Einladung” und 2 “Netzwerk” berichten wir hier. Die Ergebnisse zur Gruppe 3 “Wohnsitz” können erst mit Vergleichsdaten von der deutschen Wahlstudie GLES ermittelt werden, die noch nicht verfügbar sind.¹⁷ Diese Ergebnisse werden in der Zukunft von der Projektwebsite abrufbar sein.

Wahrnehmung und Bekanntheit

1. Der Bürgerrat Bördehalle war in der Gemeinde **sehr bekannt**, das Interesse an einer Teilnahme war hoch.

82% der Befragten haben vom Bürgerrat Bördehalle in Welper gehört, von diesen kannten 78% auch das konkrete Thema.

Fast zwei Drittel der eingeladenen Personen wären grundsätzlich zur Teilnahme bereit gewesen, auch unter den nicht Eingeladenen äußerte mehr als die Hälfte Interesse. Die Einladung selbst scheint die Beteiligungsbereitschaft erhöht zu haben, birgt jedoch auch Enttäuschungspotenzial, wenn keine Teilnahmebestätigung erfolgt. Diese potenzielle Enttäuschung wird auf Grundlage der gesammelten Daten noch untersucht werden.

Die hohe **Bekanntheit des Bürgerrats ist eine wichtige Voraussetzung für seine gesellschaftliche Wirkung**. Beteiligung entfaltet ihre Kraft nicht nur im Bürgerrat, sondern auch in der Gemeinde, zum Beispiel über sogenannte Netzwerkeffekte. Von diesen Effekten ist die Rede, wenn Teilnehmende mit anderen Personen aus ihrem persönlichen Umfeld ins Gespräch kommen. Dazu trägt auch bei, wenn der Bürgerrat in den Lokalmedien thematisiert wird und Teil von Alltagsgesprächen wird. Dass die meisten Befragten vom Bürgerrat gehört haben, legt nahe, dass das Verfahren im Gemeindeleben sichtbar war. Diese Sichtbarkeit ist entscheidend, damit sogenannte Netzwerkeffekte entstehen können. Die hohe Beteiligungs-

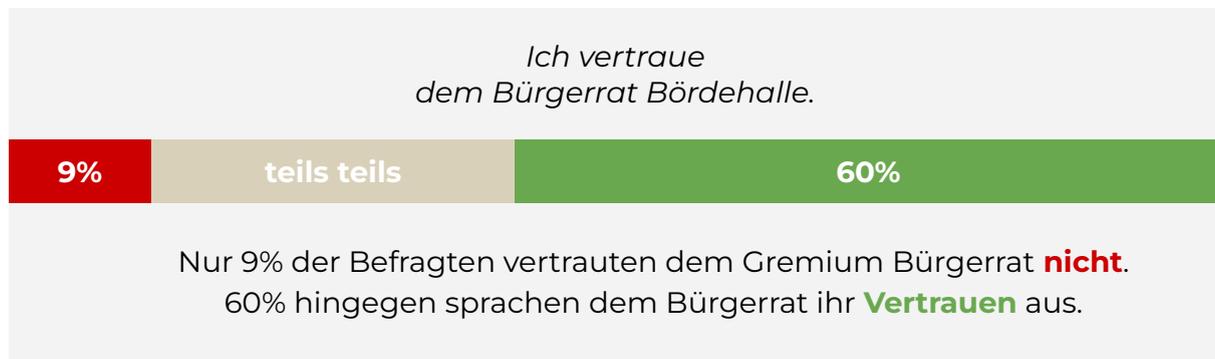
¹⁷ [Projektseite GLES](#)

bereitschaft, auch unter nicht Eingeladenen, spricht dafür, dass das Interesse an politischer Mitwirkung weit verbreitet ist. Gleichzeitig zeigt sich, dass Einladungen Erwartungen auslösen können, die nicht immer erfüllt werden. Gerade in zufallsbasierten Verfahren braucht es daher eine gute Kommunikation und Transparenz bezüglich Auswahlgründen und Teilnahmegrenzen.

Bewertung des Bürgerratsprozesses

2. Die Bürger*innen **vertrauen** dem Bürgerrat überwiegend.

Vertrauen ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Beteiligungsverfahren legitim wirken. Ein Bürgerrat kann nur dann gesellschaftlich anschlussfähig sein, wenn die Bevölkerung ihm zutraut, konstruktive und glaubwürdige Beiträge zu leisten. Im Bürgerrat Welter wurde dieses Vertrauen in weiten Teilen erreicht. **Eine klare Mehrheit sprach dem Bürgerrat ihr Vertrauen aus**, während nur wenige dies ausdrücklich verweigerten.



Zum Vergleich wurde in der Umfrage auch danach gefragt, wie es um das Vertrauen in den lokalen Gemeinderat sowie den Bundestag steht. Dem **Gemeinderat** vertrauen 51% und 14% nicht. Dem **Bundestag** vertrauen 63% und 10% nicht. Das Vertrauen in den Bürgerrat ist demnach höher als in den Gemeinderat. Das ist bemerkenswert, zumal es sich um ein neues Format handelt – vielen Bürger*innen ist die konkrete Arbeitsweise eines Bürgerrates noch weitgehend unbekannt. Der hohe Vertrauensvorsprung kann verschiedene Gründe haben: Zum Einen blicken Menschen skeptisch auf die Politik und ihre bereits etablierten Institutionen. Gleichzeitig waren die Organisator*innen des Bürgerrats darum bemüht, das Verfahren, das Thema und die Zusammensetzung des Gremiums nachvollziehbar nach außen zu kommunizieren. Erklärbar wäre

dies auch mit einem grundsätzlichen Vertrauensvorschuss gegenüber dem neu geschaffenen Format Bürgerrat.

Außerdem hat die **Bereitschaft, Entscheidungen von Bürgerräten generell zu akzeptieren, zugenommen**. In der ersten Umfrage *vor* dem Bürgerrat gaben 60% der Befragten an, die Entscheidungen zu akzeptieren und 8% sie nicht zu akzeptieren. In der zweiten Umfrage *nach* dem Bürgerrat stieg die Bereitschaft zur Akzeptanz auf 68%, während die Nicht-Akzeptanz auf 5% sank.

Inwieweit wären Sie bereit, eine politische Entscheidung zu akzeptieren, die von einem Bürgerrat vorbereitet wurde?

vor dem Bürgerrat:



nach dem Bürgerrat:



Nur noch 5% der Befragten wären **nach** dem Bürgerrat **nicht bereit**, dessen Entscheidungen zu akzeptieren. 68% **wären bereit** dazu.

3. Die Bürger*innen sehen in der Arbeit des Bürgerrats ein **sachorientiertes** Vorgehen.

Obwohl viele Befragte keinen direkten Einblick in die Sitzungsabläufe des Bürgerrats hatten, bescheinigen sie der Arbeitsweise Sachorientierung. Nur wenige hielten das Verfahren für einseitig oder lediglich an persönlichen Meinungen orientiert. Das spricht dafür, dass die Arbeitsweise als transparent und glaubwürdig wahrgenommen wurde.

*Die Teilnehmer*innen des Bürgerrats Bördehalle haben Fakten berücksichtigt und nicht auf ihren Meinungen beharrt.*

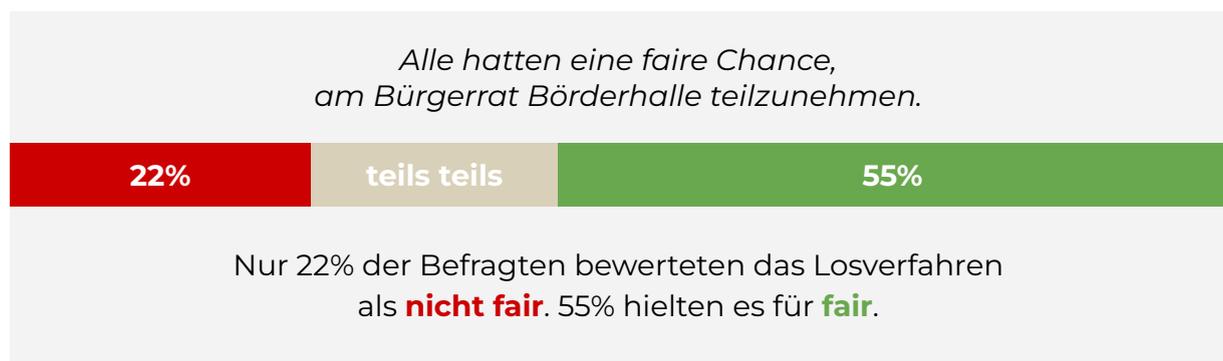


Nur 7% der Befragten stimmten dieser Aussage **nicht** zu.
44% hielten die Arbeit des Bürgerrats für **sachorientiert**.

Im persönlichen Netzwerk der Teilnehmenden ist die Zustimmung sogar noch höher: Hier bewerten 60% der Befragten die Arbeit als faktenorientiert und meinungsoffen, während nur 4% dieser Aussage nicht zustimmen. Möglicherweise wurden die Erfahrungen aus dem Bürgerrat in persönlichen Gesprächen weitergetragen und haben das Vertrauen in die methodische Qualität verstärkt.

4. Die Bürger*innen bewerten das Losverfahren zum Bürgerrat als **faire** Beteiligungschance.

Die Wahrnehmung, dass alle eine faire Chance zur Teilnahme haben, ist zentral für die Legitimität eines Bürgerrats. Wird das Verfahren nicht als fair erlebt, leidet darunter eventuell nicht nur die Akzeptanz des Gremiums, sondern auch das Vertrauen in seine Empfehlungen. Das Losverfahren zum Bürgerrat wurde mehrheitlich als fair eingeschätzt.



Die Bewertungen fallen je nach Nähe zum Verfahren unterschiedlich aus. Besonders im persönlichen Netzwerk der Teilnehmenden überwiegt die Zustimmung (74% fair, 15% nicht fair), unter den Nicht-Eingeladenen ist sie deutlich geringer (45% fair, 28% nicht fair). Auch ein formal gerechtes Verfahren wie ein Losverfahren kann als ungerecht empfunden werden, nicht nur aus Unkenntnis, sondern auch aus Enttäuschung darüber, nicht selbst ausgewählt worden zu sein.

5. Die Bürger*innen schätzen die Politik in Welper so ein, dass sie den Bürgerrat **ernst nimmt**.

Ob Empfehlungen aus einem Bürgerrat politische Wirkung entfalten, hängt entscheidend davon ab, ob sie von der Politik ernst genommen werden. Um diese **Anschlussfähigkeit** zu stärken, wurde der Bürgerrat in Welper **bewusst politisch verankert**: Die Durchführung wurde vom Gemeinderat legitimiert, die Teilnehmenden übergaben ihre Ergebnisse persönlich in einer öffentlichen Sitzung. Dieses Vorgehen sollte deutlich machen, dass ihre Arbeit im Bürgerrat Relevanz hat und gehört wird.

Die Vorschläge des Bürgerrats Bördehalle werden von der Politik ernst genommen.



Nur 11% **zweifeln daran**, dass die Politik die Empfehlungen ernst nimmt.
45% **glauben daran**, dass die Vorschläge ernst genommen werden.

Die Befragten trauen dem Gemeinderat die aktive Wiederaufnahme der Ergebnisse grundsätzlich zu. Besonders im Umfeld der Teilnehmenden fällt die Einschätzung positiver aus: 56% glauben daran, allerdings zweifeln auch 12% daran.

Hier nun können Verwaltung und Gemeinderat nachhaltig beeinflussen, wie der Prozess in den kommenden Jahren bewertet werden wird: Denn zunächst bleibt offen, wie die Empfehlungen in der weiteren **kommunalpolitischen Praxis** berücksichtigt werden. Für die **längerfristige Wahrnehmung** und Legitimität des Verfahrens wird entscheidend sein, ob und wie die Politik künftig mit den Ergebnissen umgeht.

6. Die Bürger*innen finden, dass der Bürgerrat in der Lage war, einen **Kompromiss** der Gemeinde zu finden.

Die Fähigkeit, tragfähige Kompromisse zu finden, ist eine zentrale Stärke deliberativer Verfahren. Für eine gut funktionierende Demokratie ist es entscheidend, Formate zu schaffen, die Verständigung ermöglichen. In der Umfrage sehen viele Bürger*innen in den Empfehlungen des Bürgerrats einen Kompromiss. Die Ergebnisse wurden nicht als einseitig wahrgenommen, sondern als Ausdruck gemeinsamer Abwägung.

Die Vorschläge des Bürgerrats Bördehalle sind ein Kompromiss aus allen in der Gemeinde vertretenen Meinungen.

11%

teils teils

57%

57% geben an, dass die Vorschläge einen **Kompromiss** der Gemeinde widerspiegeln, während 11% das Ergebnis für **keinen Kompromiss** aller Meinungen halten.

Zur Einschätzung dürfte auch beigetragen haben, dass die Mitglieder des Bürgerrats nicht nur ihre persönlichen Perspektiven eingebracht, sondern nach ihren Aussagen in den Sitzungen bewusst auch andere Meinungen aus der Bevölkerung mit einbezogen haben. In der dritten Sitzung wurden ihnen die Ergebnisse der Online-Umfrage vorgestellt, darunter auch die Frage, was in Zukunft mit der Bördehalle geschehen soll. Dabei haben sich die Meinungen von Bürgerrat und Umfrage-Meinung zudem angenähert.

7. Die Bürger*innen vermissten Gelegenheiten zu einer **öffentlichen Diskussion**.

Ein Großteil der befragten Bürger*innen gab in der Umfrage an, dass es nicht genügend Möglichkeiten gab, sich an der allgemeinen Diskussion zum Thema des Bürgerrats beteiligen zu können. Gleichzeitig wurden **ergänzende Formate** wie der Meinungsautomat im Rathaus oder der Zettelautomat im Jugendclub nur vereinzelt genutzt. Diese waren eingerichtet worden, um Nicht- Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung in den Bürgerratsprozess mit einfließen zu lassen.

Ich hatte die Gelegenheit, mich an der allgemeinen Diskussion zum Thema Bördehalle zu beteiligen.

56%

teils teils

24%

56% empfanden, dass es **kaum Möglichkeiten** zur öffentlichen Diskussion gab. 24% hielten die Gelegenheiten für **ausreichend**.

Diese kritische Einschätzung zeigt, dass obwohl der Bürgerrat zwar intern gut funktionierte, es gleichzeitig an offenen Anknüpfungspunkten für die breitere Öffentlichkeit fehlte. Beteiligung wurde dadurch **stark auf das Gremium konzentriert**. Darauf sollte bei vergleichbaren Vorhaben gesondert geachtet werden, indem Formate zur öffentlichen Debatte stärker ausgebaut werden.

Einstellungen zu Demokratie und Selbstwirksamkeit

8. Nach der Durchführung des Bürgerrats sind die Bürger*innen **kompromissbereiter**.

Kompromissfähigkeit gilt als grundsätzliche Voraussetzung für **demokratisches Zusammenleben**. Kompromisse machen es möglich, unterschiedliche Interessen zu verbinden, ohne dass sich politische Entscheidungen als Nullsummenspiel anfühlen. Gerade in gesellschaftlich angespannten Situationen kommt es darauf an, Aushandlungen nicht als Schwäche, sondern als Stärke zu verstehen. Die Bereitschaft, Kompromisse zu akzeptieren, dient daher als Gradmesser für ein informiertes Demokratieverständnis.

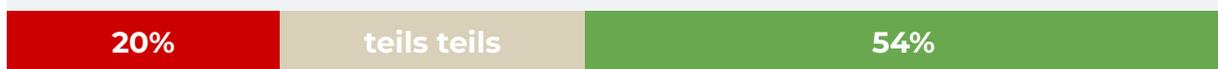
In den beiden Umfragen wurden die Ergebnisse zur Aussage, ob Kompromisse als Verrat gewertet werden, vor und nach dem Bürgerrat verglichen.

*Was in der Politik Kompromiss genannt wird,
ist in Wirklich nur ein Verrat an Prinzipien.*

vor dem Bürgerrat:



nach dem Bürgerrat:



Vor dem Bürgerrat hielten 28% Kompromisse für **Verrat**. Für 49% waren Kompromisse **kein Verrat**. **Nach** dem Bürgerrat hielten nur noch 20% Kompromisse für **Verrat**. Für 54%, also 5% mehr als vorher, waren Kompromisse **kein Verrat**.

Die Haltung zu politischen Kompromissen hat sich im Verlauf des Projekts sichtbar verändert. Weniger Menschen sehen Kompromisse als Prinzipienverrat. Gleichzeitig nahm die **Zustimmung zur Notwendigkeit von Kompromissen** zu, besonders im Umfeld der Teilnehmenden. Diese letzte Tatsache lässt den Schluss zu, dass ein einmaliger Bürgerrat zu einem Einstellungswandel beitragen kann. Das ist bemerkenswert. Es zeigt, dass **deliberative Formate demokratische Haltungen stärken können.**

9. Die Einladung zum Bürgerrat hatte einen ambivalenten Effekt auf das **Demokratieverständnis.**

Ambivalente Reaktionen löste die Einladung zum Bürgerrat per Brief aus: **Einerseits erhöhte sie die Beteiligungsbereitschaft, andererseits verstärkte sie bei einigen die Skepsis gegenüber politischen Akteur*innen.** Unter den Eingeladenen sank die Demokratiezufriedenheit, auch das Vertrauen in den Bundestag ging zurück. Gleichzeitig stieg die Zustimmung zur Aussage, dass Politiker*innen zu viel reden und zu wenig handeln.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die Einladung zum Bürgerrat zunächst Skepsis ausgelöst hat. Der Bürgerrat selbst wurde im weiteren Verlauf zwar überwiegend positiv bewertet, doch die anfängliche Irritation durch die Einladung verweist auf die Notwendigkeit, neue Verfahren gut zu erklären und ihre politische Verankerung klar zu kommunizieren. Dies könnte damit zu erklären sein, dass die Einladung den kontaktierten Personen vor Augen führt, dass Beteiligung eine grundsätzlich größere Rolle in der aktuellen Demokratie spielen könnte. Dass dieses Bedürfnis nach mehr Partizipation bisher vermisst wurde, könnte die Unzufriedenheit erhöht haben.

10. In anderen Bereichen konnten **keine Effekte** auf **Selbstwirksamkeit** und **Beteiligungsbereitschaft** festgestellt werden.

Die Umfrage in der Gesamtbevölkerung zeigte außerdem: Bei politischer Selbstwirksamkeit und Beteiligungsbereitschaft zeigen sich kaum Veränderungen in der Allgemeinheit. Das Gefühl, selbst Einfluss auf politische Prozesse nehmen zu können, blieb durch das Stattfinden des Bürgerrats unverändert. Auch die Bereitschaft, sich künftig stärker zu engagieren, hat sich durch den Bürgerrat nicht erkennbar erhöht.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass **Beteiligungsverfahren nicht automatisch aktivierend wirken oder die Unterstützung für die Demokratie erhöhen**. Wohl aber können sie Impulse setzen, Haltungen beeinflussen und Gesprächsräume öffnen. Sie bieten einen Anlass, um die erarbeiteten Ergebnisse als Grundlage für weitere Entscheidungen zu nehmen. Dieses Zusammenspiel von Beteiligung als Anlass und Veränderungen durch die politische Umsetzung könnte langfristig den Weg ebnen zu stärkerer Beteiligungsbereitschaft und Selbstwirksamkeit.

Abschlussbewertung des Bürgerrats Bördehalle

Mit dem Bürgerrat Bördehalle wurde in der Gemeinde Welper ein innovatives Beteiligungsformat umgesetzt. Ziel war es, die Möglichkeiten moderner Bürgerbeteiligung zu erproben und sichtbar zu machen sowie deren Wirkungen auf das politische Klima in der Gemeinde besser zu verstehen. Das Thema "Die Zukunft der Bördehalle" war gut geeignet für das Instrument Bürgerrat. Eine über Jahre festgefahrene kommunalpolitische Debatte sollte durch ein dialogisches Verfahren aus der Sackgasse geführt werden. Die Fragestellung bot sich an, weil sie lokal stark verankert, gesellschaftlich umstritten und für viele Menschen unmittelbar relevant war. Der Bürgerrat sollte dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen, unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen und einen tragfähigen Kompromiss zu ermöglichen.

Die Bewertung des Bürgerrats fiel in zentralen Punkten positiv aus. Viele sprachen dem Gremium Vertrauen aus, das Verfahren wurde als sachorientiert und fair wahrgenommen. Die Empfehlungen wurden von einem großen Teil der Befragten als tragfähiger Kompromiss angesehen, der unterschiedliche Interessen berücksichtigt. Die öffentliche Übergabe der Ergebnisse an den Gemeinderat verlieh dem Verfahren zusätzliche Sichtbarkeit und trug dazu bei, seine politische Legitimität zu stärken.

Besonders auffällig war die veränderte Haltung zu politischen Kompromissen. Die Zustimmung zur Aussage, Kompromisse seien ein Verrat an Prinzipien, ging in den Netzwerken der Teilnehmenden zurück. Das legt nahe, dass der Austausch im Bürgerrat nicht nur neue Handlungsempfehlungen erarbeitete, sondern auch zur Stärkung demokratischer Grundhaltungen beitrug.

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse auch die Grenzen des Formats. Das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, veränderte sich kaum. Auch die Bereitschaft, sich künftig stärker zu engagieren, stieg nicht an.

Kritisch fiel die Einschätzung der öffentlichen Diskussionsmöglichkeiten aus. Viele hatten nicht den Eindruck, sich über den Bürgerrat hinaus aktiv einbringen zu

können. Ergänzende Formate waren angelegt, blieben aber weitgehend wirkungslos; unter anderem, weil sie zu wenig genutzt wurden. Hier zeigt sich: Deliberation braucht Anschluss. Nur wenn Formate auch über das Gremium hinaus Rückkopplung ermöglichen, entsteht eine breitere Beteiligungsdynamik.

Die Einladung zum Bürgerrat hatte zudem unerwartete Nebenwirkungen. Zwar steigerte sie die Beteiligungsbereitschaft, gleichzeitig verstärkte sie bei einigen auch das Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Die gesunkene Demokratiezufriedenheit unter Eingeladenen macht deutlich, dass Beteiligungsformate Erwartungen wecken, aber auch Enttäuschung auslösen können, etwa wenn Auswahlprozesse nicht nachvollziehbar sind oder Beteiligung als Ersatz für politische Entscheidungen erscheint.

Die Erfahrungen des Projekts zeigen, welches Potenzial Bürgerräte entfalten können und worauf es in der Umsetzung ankommt. Sie können Vertrauen stärken, Verständigung ermöglichen und demokratische Haltungen fördern. Damit dies gelingt, braucht es mehr als ein gut moderiertes Verfahren. Es braucht eine politische Einbettung. Und es braucht Kommunikationswege, die transparent offenlegen, wie Beteiligung funktioniert. Nur so gelingt es, demokratische Prozesse nicht nur zu erproben, sondern auch in der Breite zu verankern.

Die Top 5 Erkenntnisse für Bürgerräte auf einen Blick

1

Ein Bürgerrat kann Vertrauen schaffen.

Der Bürgerrat wird nicht nur von den Teilnehmenden, sondern auch in der breiteren Bevölkerung als glaubwürdig wahrgenommen. Das Vertrauen in das Gremium lag sogar über dem Vertrauen in den Gemeinderat. Die Arbeit wurde als faktenbasiert und einsichtig eingeschätzt. Für Kommunen zeigt sich darin ein wichtiges Potenzial: Gut gemachte Beteiligung kann Legitimität schaffen – besonders ergänzend zu etablierten Institutionen und gerade in konflikthaften oder politisch festgefahrenen Situationen.

2

Ein Bürgerrat darf nicht das einzige Beteiligungsformat bleiben.

Der Bürgerrat hat in einer vergleichsweise kleinen Kommune hohe Bekanntheit erreicht. Gleichzeitig blieben die Möglichkeiten zur aktiven Auseinandersetzung begrenzt. Damit Beteiligung über den Kreis der Teilnehmenden hinaus Wirkung entfalten kann, braucht es offene, niedrighschwellige Zugänge und Formate, die auch außerhalb des Gremiums Berührungspunkte schaffen. Möglich wären hier die Abgabe von Meinungen on- sowie offline oder öffentliche Debatten, mit deren Impulsen sich der Bürgerrat in Sitzungen beschäftigt.

3

Ein Bürgerrat wirkt nur auf bestimmte Aspekte des Demokratieverständnisses.

Der Bürgerrat hat in einzelnen Bereichen Wirkung gezeigt, etwa in der veränderten Haltung zu politischen Kompromissen. Andere Einstellungen wie das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit oder die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung blieben dagegen weitgehend auf dem gleichen Niveau. Das zeigt: Wer

Beteiligung nachhaltig stärken will, muss über punktuelle Formate hinausdenken und dauerhafte Wege zur Mitgestaltung schaffen.

4

Ein Bürgerrat muss von der Politik ernst genommen werden.

Der Bürgerrat konnte Wirkung entfalten, weil Thema, Verfahren und politische Einbindung gut aufeinander abgestimmt waren und weil der Prozess von der lokalen Politik mitgetragen wurde. Die Empfehlungen wurden in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung entgegengenommen und erfuhren mediale Aufmerksamkeit. Beteiligung entfaltet besonders dann Wirkung, wenn sie nicht als symbolisches Zusatzangebot behandelt wird, sondern als ernst gemeinte politische Aushandlung. Für die langfristige Wahrnehmung ist entscheidend, wie mit den Ergebnissen umgegangen wird. Dabei geht es nicht um eine vollständige Umsetzung im Wortlaut, sondern darum, dass politische Entscheidungen im Anschluss transparent begründet und sichtbar an den Prozess rückgebunden werden. Nur so entsteht Vertrauen, dass Beteiligung mehr ist als reine Symbolik und ein einmaliges Format.

5

Ein Bürgerrat steigert die Kompromissfähigkeit.

Der Bürgerrat hat gezeigt, dass deliberative Formate dabei helfen können, verhärtete politische Einstellungen aufzulockern. Deutlich wurde dies an der veränderten Haltung zu Kompromissen: Die Zustimmung zur Aussage, politische Kompromisse seien ein Verrat an Prinzipien, nahm im Verlauf des Projekts spürbar ab. Diese Entwicklung lässt auf eine gestiegene Bereitschaft schließen, unterschiedliche Perspektiven anzuerkennen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Beteiligungsformate wie Bürgerräte können nicht nur zur Bearbeitung konkreter Sachfragen beitragen, sondern auch das Verständnis für demokratische Aushandlungsprozesse stärken. Sie fördern eine politische Kultur, in der Konflikte durch gemeinsame Verständigung gelöst werden.

Literaturverzeichnis

- Bächtiger, André, John S. Dryzek, Jane Mansbridge, und Mark E. Warren. *The Oxford handbook of deliberative democracy*. Oxford University Press, 2018.
- Berman, Sheri. „Populism is a Symptom Rather than a Cause: Democratic Disconnect, the Decline of the Center-Left, and the Rise of Populism in Western Europe“. *Polity* 51, Nr. 4 (2019): 654–67.
- Busch, Kathrin. „Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland? Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018“. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Nr. 65 (2020): 7–14. <https://doi.org/10.15464/isi.65.2020.7-14>.
- Curato, Nicole, John S. Dryzek, Selen A. Ercan, Carolyn M. Hendriks, und Simon Niemeyer. „Twelve Key Findings in Deliberative Democracy Research“. *Daedalus* 146, Nr. 3 (2017): 28–38. https://doi.org/10.1162/DAED_a_00444.
- Dean, Rikki, Felix Hoffmann, Brigitte Geissel, Stefan Jung, und Bruno Wipfler. „Citizen Deliberation in Germany: Lessons from the ‘Bürgerrat Demokratie‘“. *German Politics*, 2022, 1–25. <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2088732>.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Aylene Heller, und Elmar Brähler, Hrsg. *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen / Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Forschung Psychosozial. Gießen: Psychosozial-Verlag, 2024. <https://doi.org/10.30820/9783837962864>.
- Does, Ramon van der, und Vincent Jacquet. „Small-Scale Deliberation and Mass Democracy: A Systematic Review of the Spillover Effects of Deliberative Minipublics“. *Political Studies* 71, Nr. 1 (1. Februar 2023): 218–37. <https://doi.org/10.1177/00323217211007278>.
- Dryzek, John S., André Bächtiger, Simone Chambers, Joshua Cohen, James N. Druckman, Andrea Felicetti, James S. Fishkin, u. a. „The crisis of democracy and the science of deliberation“. *Science* 363, Nr. 6432 (2019): 1144–46. <https://doi.org/10.1126/science.aaw2694>.
- Fishkin, James, Alice Siu, Larry Diamond, und Norman Bradburn. „Is Deliberation an Antidote to Extreme Partisan Polarization? Reflections on “America in One Room”“. *American Political Science Review* 115, Nr. 4 (2021): 1464–81. <https://doi.org/10.1017/S0003055421000642>.
- Germann, Micha. „Mini-Publics, (Lack of) Representativeness, and Legitimacy Beliefs“. *British Journal of Political Science* 55 (2025): e11. <https://doi.org/10.1017/S0007123424000322>.
- Germann, Micha, Sofie Marien, und Lala Muradova. „Scaling Up? Unpacking the Effect of Deliberative Mini-Publics on Legitimacy Perceptions“. *Political Studies* 72, Nr. 2 (2024): 677–700. <https://doi.org/10.1177/00323217221137444>.
- Goovaerts, Ine, Jenny De Fine Licht, und Sofie Marien. „When Deliberative Mini-Publics’ Outcomes and Political Decisions Clash: Examining How Responsive Communication Influences Legitimacy Perceptions“. *European Journal of Political Research* 64, Nr. 2 (2025): 767–89. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12711>.
- Valgarðsson, Viktor, Will Jennings, Gerry Stoker, Hannah Bunting, Daniel Devine, Lawrence McKay, und Andrew Klassen. „A Crisis of Political Trust? Global Trends in Institutional Trust from 1958 to 2019“. *British Journal of Political Science* 55 (2025): e15. <https://doi.org/10.1017/S0007123424000498>.
- Wappenhans, Tim, Bernhard Clemm, Felix Hartmann, und Heike Klüver. „The Impact of Citizens’ Assemblies on Democratic Resilience: Evidence from a Field Experiment“. *OSF Preprints*. July 24 (2024). https://osf.io/hnp8k_v1/download.